

Durchblick

Zeitung der ver.di-Vertrauensleute im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach

Vertrauensleute wählen Streikleitung:

ver.di ist zum Kampf bereit

Heute steht der öffentliche Nahverkehr an der Saar. Warnstreik! Die ver.di Betriebsgruppe im Knappschaftskrankenhaus erklärt ihre Solidarität mit den Warnstreiks, die derzeit stattfinden. Wenn die Arbeitgeber sich nicht endlich bewegen, dann sind wir bei der nächsten Aktion dabei. Aktuell ruft die Betriebsgruppe zu einem großen tarifpolitischen Ratschlag am 10. Dezember ins Saarbrücker VHS-Zentrum. Es fährt ein Bus.

Auf der Vertrauensleutesitzung der Betriebsgruppe am 4. Dezember fand unser Vorsitzender Michael Quetting Zustimmung, als er ausführte: „Jetzt ist handeln angesagt. Für uns ist dieser Tarifkampf von besonderer Wichtigkeit. Der Wind weht uns wahrlich um die Ohren. Jahrelang wurde die öffentlichen Kassen im Interessen der Reichen dieser Republik geplündert, Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vernichtet und jetzt nach Jahren, in denen wir in der Regel weniger bekamen als die anderen Wirtschaftsbereiche, will man uns nichts, ja weniger als nichts geben.“

Die Versammlung rief zu verschiedenen Aktionen auf und unterstrich die Notwendigkeit, sich an Warnstreiks zu beteiligen. Die Vertrauensleute verabschiedeten eine Erklärung, in der es u.a. heißt:

„Wir leisten von Jahr zu Jahr mehr, der Arbeitsstress in den Krankenhäusern, die zunehmende Arbeitsverdichtung, der zunehmende „Papierkram“ die immer weniger Zeit, die uns für die Patienten zur Verfügung steht, immer mehr Patienten in immer kürzerer Liegezeit, all das muss von uns geleistet werden. Es besteht die Gefahr, dass mit den nächsten Gesetzesvorhaben auch die Qualität immer mehr auf der Strecke bleibt. Die Pflegepersonalregelung wurde außer Kraft gesetzt, eine angemessene Betreuung der Patienten ist in vielen Häusern nicht mehr gesichert. Mit Ausgliederung von ganzen Bereichen und mit Arbeitsplatzabbau werden wir unter Druck gesetzt. Die Gesundheit verkommt zur Ware, von uns wird Dienstleistung am Kunden rund um die Uhr verlangt. Immer mehr Ärzte halten den Stress nicht mehr aus, schon fehlen überall Ärzte, auch ein Pflegenotstand ist in Sicht.“

Die Karre steckt im Dreck. Wir müssen uns doch die Frage stellen, wer hat sie denn in seiner Raffgier und seinem neoliberalen Marktgeschrei da hinein gefahren? Und wer

wird sie mit dieser irrsinnigen Sparwut, die Lafontaine an Brüning erinnert, weiter hinfahren, wenn wir hier nicht eingreifen?

Seit Jahren lagen unsere Abschlüsse unter derer anderer Bereiche. Man versprach uns dafür Arbeitsplätze und neue Ausbildungsplätze. Diese Versprechen wurden nie eingehalten.

Wir gehören zu den reichsten Ländern der Erde, nie war der zu verteilende Reichtum höher als heute. Richtig ist, der Staat muss dieses Geld bei den Superreichen holen. Aktiengesellschaften müssen wieder Steuern zahlen. Die Vermögenssteuer muss wieder her. 20 Milliarden Euro würde das bringen.“

ver.di hat eine bescheidene Forderung gestellt. Wir wollten eine schnelle Tarifrunde ohne überflüssige Rituale. Die Arbeitgeber scheinen für ein solches Denken aber nicht reif zu sein. Sie setzen auf die alten Rituale und wollen uns ans Leder. „Die Arbeitgeber verstehen keine Argumente, sie provozieren den Kampf,“ stellen unsere Vertrauensleute fest. Folgende Erwartungen formulierten die Gewerkschaftsvertreter:

„Wir erwarten für die Verhandlungen am 11. Dezember ein Angebot mit einer drei vor dem

Komma. Sollten die Arbeitgeber kein diskutables Angebot unterbreiten, so fordern wir unsere Tarifkommission und die zentralen Gremien von ver.di auf, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären. Sollten die Arbeitgeber sich nicht bewegen, und auch eine Schlichtung zu keinem gewünschten Ergebnis führen, dann muss umgehend die Urabstimmung eingeleitet werden. Dann kommen wir um einen Erzwingungsstreik nicht herum.“

Die Betriebsgruppe bereitet sich auf eine solche Situation vor. Die Versammlung wählte eine sechsköpfige betriebliche Streikleitung. Diese Streikleitung hat den Auftrag, einen Streikplan für unser Krankenhaus zu erarbeiten und gemeinsam mit den zuständigen Gewerkschaftsgremien das Vorgehen abzustimmen.

Erarbeitet wird aktuell ein Plan, um im Streikfall eine Notbesetzung im Krankenhaus zu gewährleisten. Die Vertrauensleute stellen fest: „Wir bereiten alles so vor, dass wir ab dem möglichen Tag X planmäßig, diszipliniert und engagiert vorgehen können. Auch eine längere Auseinandersetzung werden wir durchstehen.“



Immer aktuell:

Besuchen Sie uns im Internet

Über 11.000 mal wurden unsere Seiten im Internet angeklickt. Allein das Eintrittsportal wurde über 1.700 mal besucht. Aktuell besonders gefragt: die Seite zur Tarifrunde. Ihre Adresse: www.tarif.2-www.de. Auch die Seite zur Abstimmung, ob wir streiken sollen, wurde schon über 300 mal aufgerufen:

www.umfrage.2-www.de.

Ganz aktuell wurde eine sehr umfangreiche Linksammlung ins Netz gestellt. Hier gibt es jede Menge Infos von Medizin, Pflege, Gesellschaft und Politik.

Aber machen Sie sich selbst ein Bild und surfen Sie bei der Betriebsgruppe vorbei.

Internetadressen:

- <http://www.verdikhs.2-www.de> (Eintrittspforte)
- <http://www.gesundheit.2-www.de> (Gesundheitspolitik)
- <http://www.tarif.2-www.de> (Tarifrunde)
- <http://www.umfrage.2-www.de> (Umfrage Streik)
- <http://forum.webtopia.com/18377/> (Diskussionsforum)
- <http://www.durchblick.2-www.de> (Durchblick-Archiv)
- <http://www.vk.2-www.de> (Seite der Vertrauensleute)
- <http://www.skg.2-www.de> (Sulzbacher Krankenhaus Gespräche)
- <http://www.freizeit.2-www.de> (Feste feiern)
- <http://www.durchblickfest.2-www.de> (Durchblickfest 2000)
- <http://www.wanderung.2-www.de> (Familienwanderung 2001)
- <http://www.fest.2-www.de> (Durchblickfest 2002)
- <http://gaestebuch.webtopia.com/Krankenhaus/> (Gästebuch)
- <http://www.presse.2-www.de> (Pressearchiv)
- <http://www.verdi.2-www.de> (Umfangreiche Linksammlung)

Frage und Antwort I:

Kann man bei leeren Kassen überhaupt was fordern?

Mit der Forderung von deutlich über drei Prozent hat sich ver.di an den Abschlüssen anderer wichtiger Branchen orientiert. Und die haben alle über drei Prozent abgeschlossen. Die Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes dürfen nicht als Ausfallbürgen für eine verfehlte Steuerpolitik herhalten müssen, die Reiche und Unternehmen einseitig entlastet hat. Ob Lebensmittel, Miete oder Fahrschein – der Müllwerker oder die Krankenschwester müssen genauso viel dafür bezahlen wie Metaller oder Chemie-Beschäftigte. Die Preissteigerungen machen vor den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht halt.

Frage und Antwort II:

Führt mehr Lohn zu Arbeitsplatzabbau?

Dies ist eine Drohung, die wir von jeder Tarifrunde her kennen. Seit Jahren wird im öffentlichen Dienst Personal abgebaut. Daran haben auch die niedrige Abschlüsse der letzten Jahre nichts geändert.

Weniger Geld in unseren Taschen bedeutet weniger Konsum, bedeutet weniger wirtschaftliches Wachstum, weniger Geld in den Sozialkassen und somit auch im Gesundheitswesen.

Ein großer Teil der Arbeitsplatzvernichtung geht auf Privatisierung zurück. Unsere Lohnzurückhaltung hat auch bei der Knappschafft nicht dazu geführt, dass der Vorstand auf die Einführung der Service GmbH verzichtete.

Hintergrund:

Reallohnverluste seit 1993

Seit 1993 wurden die Bruttoeinkommen der Beschäftigten um insgesamt 11,3 Prozent gesteigert. Die Nettoverdienste sind aber deutlich schwächer gestiegen – nämlich um 4,7 Prozent. Berücksichtigt man noch die Preissteigerungen, dann bleibt auch von dieser ohnehin schon niedrigen Nettolohnhöhung nichts mehr übrig. Im Gegenteil: Unterm Strich bleibt ein Reallohnverlust von 6,4 Prozent.

Die Bruttogewinne der Kapitalgesellschaften – also im wesentlichen die großen Aktiengesellschaften und GmbHs- haben ihre Brutto-Gewinne seit 1993 um sage und schreibe 80 Prozent (!) ausweiten können. Netto betrug der Anstieg sogar 85 Prozent. Otto-Normalverdiener reibt sich verwundert die Augen. Netto mehr als Brutto!? Des Rätsels Lösung: Durch die Veränderungen im Steuerrecht zahlen Kapitalgesellschaften immer weniger Steuern. 1993 betrug die durchschnittliche steuerliche Belastung der Gewinne 13,6 Prozent, im Jahr 2000 lediglich noch 11,5 Prozent. Derartige Steuersätze haben bei den Beschäftigten nur diejenigen, die als sozial schwach eingestuft werden! Im Jahr 2001 ist es sogar soweit gekommen, dass die Kapitalgesellschaften überhaupt keine Einkommensteuern mehr bezahlt haben. Die Körperschaftsteuer verwandelte sich in eine Subvention in Höhe einer halben Milliarde Euro.

*Besser
als ge-
rührt sein,
ist sich
rühren.*

Bert Brecht

Wortmeldungen aus dem Gästebuch und Diskussionsforum

„Wir stehen vor ähnlichen Problemen.“

Wir dokumentieren einige Wortmeldungen aus unserem Gästebuch und Diskussionsforum im Internet:

„Solidarische Grüße und Rückmeldung, dass wir die Tarifrunde einschätzen wir ihr. Wir bereiten gerade Notdienstvereinbarung für den Streik vor.“

Bernd Wilczek, Sprecher ver.di-Vertrauensleute PR-Klinikum Stadt Hanau GPR-Stadt Hanau

„Mit Interesse verfolgen wir Eure betriebliche Arbeit. Eure Aktivitäten zeigen deutlich, dass es mit Engagement und Unterstützung der Beschäftigten, Mitglieder, und Vertrauensleute möglich ist, auch unter zunehmend

schwierigeren politischen Rahmenbedingungen, eine attraktive Gewerkschafts- und Vertrauensleutarbeit zu leisten.“

Dirk Völpel-Haus, Fachgruppenleiter Rehabilitation & Krankenhäuser, Berlin

„Ich hab mir heute die Lohnforderungen Eurer Betriebsgruppe angesehen und finde sie völlig angemessen. Dafür hab ich, neben allen ohnehin schon genannten Gründen, noch mindestens zwei, die ich auch für wichtig halte. 1. Die Bezahlung nach KR ist eingebaut worden, weil es sich seinerzeit beim Pflegeberuf um einen ausgemachten Frauenberuf handelte, defacto ist es eine um 25% abgesenkte Vergütung der vergleichbaren Vergütung nach BAT, weil ihn nur Frauen ausübten und weil Gleichberechtigung noch kein The-

ma war. 2. Die Änderung der VBL, bedeutet, dass man im öffentlichen Dienst zukünftig nicht mehr so gut abgesichert ist und wir also auch eine zusätzliche private Rentenversicherung benötigen. Früher war es immer ein wichtiges Argument der AG, dass wir ja abgesichert sind, das nun aber nicht mehr zieht.“

Christiane

„Eure Seite ist inhaltlich hervorragend - vor ganz ähnlichen Problemen steht auch unsere ver.di-Betriebsgruppe in der Uniklinik Ffm. Wir wollen Eure Idee aufgreifen, und eine Umfrage machen im Betrieb... Außerdem sind wir sehr interessiert, was andere Krankenhäuser fordern und was sie evtl. für Aktionen zur Mobilisierung machen!“

Annette Müller, VL Uniklinik Frankfurt



Mit freundlicher Genehmigung der Pflegefachkraft Wiegand Erdmann. http://www.bielefeld.netsurf.de:8080/~w_erdmann

Institut Arbeit und Technik:

Personalmangel hausgemacht

Dem Gesundheitswesen droht massiver Personalmangel bei Ärzten und Pflegekräften. Dies ergibt sich aus einer Untersuchung des Instituts Arbeit und Technik (IAT). Es fordert ein Initiativprogramm „Moderne Arbeit in der Gesundheitswirtschaft“, um den akuten Nachwuchs- und Rekrutierungsproblemen gegenzusteuern. Damit verbunden wäre eine Aufwertung der Pflegetätigkeit, nicht nur tarifpolitisch, sondern auch durch mehr Gestaltungsautonomie und Eigenverantwortung.

„Die Verbesserung von Einkommen und Arbeitsbedingungen ist längst fällig. Aber auch ausgefallene und vor einiger Zeit noch umstrittene Instrumente wie Arbeitnehmerüberlassung zwischen Pflegediensten, modernes Qualitätsmanagement, die Anwerbung von ausländischem Pflegepersonal, flexible Arbeitszeiten und Kinderbetreuung von früh bis spät müssen überlegt werden“, schlägt Autor Dr. Josef Hilbert vom IAT vor.

Nach IAT-Angaben ist der Personalnachwuchs für Kerntätigkeiten im Gesundheitswesen seit zehn Jahren rückläufig. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Pflegeausbildung ist zwischen 1991 und 1999 um 6,5 Prozent zurückgegangen. Bei der Ärzteschaft hat sich der Anteil der unter 35-jährigen Ärzte von 27,4 auf 18,8 Prozent reduziert.

Zu den Ursachen des Nachwuchsmangels sieht das IAT vor allem die geringen Verdienstmöglichkeiten im Gesundheits- und Sozialwesen. Auch gelten die Arbeitsbedingungen als überdurchschnittlich belastend: lange und unregelmäßige Arbeitszeiten sowie hohe physische und psychische Beanspruchungen. „Burn-Out-Syndrom“ und Berufswechsel seien oft die Folge, heißt es.



Neuwahlen bei ver.di:

Betriebsgruppen- vertreter auch über Betrieb hinaus aktiv

60 Delegierte bildeten am 3. Dezember in Kirkel die erste Landesbezirksfachbereichskonferenz des Fachbereichs 3 der Gewerkschaft ver.di. Die ver.di Betriebsgruppe im Knappschafts Krankenhaus Sulzbach war mit Michael Quetting, Brigitte Schmitt, Dina Ruffing und Anna Blaha als ordentliche Delegierte vertreten.

In den neuen Vorstand des Fachbereichs „Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen“ wurden von unserem Haus Michael Quetting und Anna Blaha gewählt. Im Vorstand der Fachgruppe Krankenhäuser wirken Norbert Sauerwein und Michael Quetting. Die Konferenz stellte Hans Ruge erneut als Kandidat für den Landesbezirksvorstand auf.



**Einen Finger
kann man brechen.
Fünf Finger
sind eine Faust.**



Betriebsgruppe Knappschafts Krankenhaus Sulzbach

Impressum:

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

ver.di

Fachbereich 03 - FG Krankenhäuser

St. Johanner Str. 49; 66123 Saarbrücken – Eigendruck;

Vi.S.d.P.: Thomas Müller

Betriebsgruppenvorstand:

Sprecher Michael Quetting (Station 6/Qualitätsbüro), Stellvertr.

Sprecher: Jürgen Krüger (Personalratsbüro),

Elke Weil (U2), Gerald Weyand (Physikalische Therapie)

und Anna Blaha (Verwaltung)

E-Mail: verdikkhs@aol.com

Durchblick im Netz: <http://www.durchblick.2-www.de>